

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Brinnerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 M. — Durch die Post bezogen 2.— M., ohne Besteuerb. Telefon Sammelnummer 72206. Postfachkonto: Leipziger Buchdruckerei W. G., Leipzig Nr. 534 77	Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 72206. — Verlag in Leipzig: Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72206	Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonelle 35 Pfg., bei Blankvorschrift 40 Pfg. Stellenangebote 10gep. Kolonelle 25 Pfg. Familienanzeigen von Verlobten die 10gep. Kolonelle mit 50% Nachl. Reklamezeile 2 M., Inserate v. ausw.: die 10gep. Kolonelle 40 Pfg. bei Blankvorschr. 50 Pfg., Reklamezeile 2,25 M.
---	--	---

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Ausräger, unsere Zweigstellen und alle Volkshäuser entgegen

Die Internationale wehrt sich

Eine freiwillig auferlegte Zurückhaltung, die wir sehr oft für zu weitgehend halten, verhindert die Sozialisten anderer Länder daran, an der Politik ihrer Bruderparteien eine offene Kritik zu üben. Diese Kritik unterbleibt oft auch dann, wenn durch diese Politik die internationale sozialistische Bewegung direkt geschädigt wird. Es ist schon vorgekommen, daß, wenn sie doch einmal laut wurde, den Kritikern entgegengehalten worden ist, daß sie sich als „Ausländer“ nicht in die Dinge der anderen einzumischen hätten. Das ist eine Auffassung, die aus der sozialistischen Arbeiter-Internationale auf jeden Fall verschwinden muß. Unter uns Sozialisten gibt es keine „Ausländer“ und ein jeder hat nicht nur das Recht, sondern hat die Pflicht, auf Schäden innerhalb der internationalen sozialistischen Bewegung aufmerksam zu machen und auf ihre Beseitigung zu dringen. Wir haben des öfteren betont, daß für die Orientierung der Politik einer sozialdemokratischen Partei nicht ausschlaggebend sein dürfen die sogenannten nationalen Staatsinteressen, sondern daß sich ihre gesamte Politik einzuordnen habe in den internationalen Kampf, der in allen Ländern von dem Proletariat geführt wird. Eine solche Politik wird sich nie zu einer Handlung entschließen, durch die irgendwelchen angeblichen oder tatsächlichen „nationalen“ oder „Staatsinteressen“ gedient, die proletarische Bewegung als Ganzes aber schwer geschädigt wird.

Von dem Panzerkreuzerbeschuß gilt das letztere insofern, als durch ihn der Kampf der sozialistischen Parteien in den anderen Ländern, und vor allem in Belgien und Frankreich, außerordentlich erschwert worden ist. Wir haben an der Politik, besonders an der Militärpolitik der sozialistischen Partei Frankreichs wiederholt Kritik geübt, weil sie nach unserer Auffassung zu wenig den Erfordernissen einer proletarischen Politik entspricht. Wir haben besonders ihr Eintreten für das Militarisierungsgesetz bekämpft, weil diese Stellungnahme uns als das Aufgeben des Kampfes der Sozialisten gegen den Krieg erschien. Die französischen Sozialisten haben gelegentlich Versuche zu einer andern Politik gemacht. Aber es ist der rechten Gruppe um Boncour, Renaudel und Curisol noch stets gelungen, die Mehrheit der Partei für ihre Einstellung zu gewinnen. Wenn nicht in den Beschlüssen der Parteikonferenzen, so doch in der praktischen Politik. Und das ist das Entscheidende. Wir verkennen nicht, daß in jener Stellungnahme die in dem letzten Kriege begründete Stimmung zum Ausdruck kommt, daß Frankreich sich für den Fall eines Angriffskrieges sichern müsse. Genährt wird diese Stimmung durch die nationalistischen und militaristischen Vorstöße in Deutschland und durch die faschistischen Ausschreitungen Italiens gegen Frankreich. Es war bisher stets die Stärke der gegen jede Militarisierung ankämpfenden Sozialisten, daß sie darauf hinweisen konnten, wie nicht nur sie, sondern auch in den übrigen Ländern ihre Genossen sich gegen den Nationalismus zur Wehr setzten und Feinde des Militarismus in jeder Form seien. Sie wurden zwar dafür überall von den „Nationalen“ als Vaterlandsverräter beschimpft, aber unbestreitbar dienten sie mit dieser Politik am besten den friedlichen Beziehungen der Völker.

Als in der deutschen Republik an Stelle der Bürgerblockregierung das Kabinett der „Köpfe“ trat, wurde seine künftige Politik so kommentiert, daß nunmehr statt einer unehrlichen eine offene, freimütige Friedenspolitik treten werde. Der neue Reichskanzler Hermann Müller sei eine sichere Garantie für diese Wendung. Eine kurze Rückschau auf das, was seit dem Bestande dieser Regierung auf außenpolitischen Gebieten geschehen ist, läßt die angelegentlichste Wendung nirgends finden. Durch den Panzerkreuzerbau ist im Gegenteil den Nationalisten in Frankreich und auch in Belgien neues Wasser auf ihre noch flottgehenden Mühlen getrieben worden. „Seht auf ihre noch flottgehenden Mühlen getrieben worden.“ „Seht ihr, die deutschen Sozialisten sind an der Macht und nichts hat sich geändert!“, so jubeln sie und denunzieren damit den Kampf, den die Sozialisten ihres Landes gegen Militarismus und für die Abrüstung führen. Wir verstehen, daß dieser Kampf unserer Genossen gerade in Belgien besonders schwer ist, wo in zahlreichen Städten traurige Gedenktafeln zu finden sind, zur Erinnerung an belgische Zivilisten, die hinter der Front von den deutschen Besatzungsbehörden erschossen oder, wie in Dinant und Löwen, Hinbündnis zusammengeschossen wurden. Das sozialistische Blatt in Brüssel, der Peuple, mußte sich, um den Angriff der nationalistischen Pressemeute vor dem belgischen Volke zu entkräften, sogar dazu bereit finden, die Bedeutung des Panzerkreuzerbau-Beschlusses einzuschränken und den Panzerkreuzer selbst als völlig wertlos hinzustellen. Diese — nur um die Situation der belgischen Sozialisten nicht noch ungünstiger zu gestalten — so gewählte Äußerung nützte dann der sozialdemokratischen Pressemehrheit gegen die deutsche Parteigenossenschaft aus, die sich wie ein Mann gegen die Minister aufbäumte. Da sieht ihr, das Ausland ist viel vernünftiger als wir, es beurteilt den Beschluß viel ruhiger und richtiger, als ihr es in eurer Aufgereiztheit tut. So unauffällig klug es aus den Zeilen des sozialdemokratischen Presseedienstes. Natürlich unterließ er es, andre kritische Stimmen außerdeutscher Sozialisten zu zitieren. Und doch war es seine

Keine Neuwahlen in Thüringen

Der Auflösungsantrag abgelehnt Die Hoffnung der Demokraten

SPD Weimar, 23. August.
Der Thüringische Landtag lehnte am Donnerstag den von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten Antrag auf Auflösung mit 27 Stimmen der bürgerlichen Abgeordneten gegen 26 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten ab. Der Landtagspräsident teilte zu Beginn der Sitzung mit, daß die demokratische Abgeordnete Frau Dr. Schulz ihr Mandat niedergelegt hat und die Regierung inzwischen zurückgetreten ist. Der gegen das Kabinett von der SPD eingebrachte Mißtrauensantrag war damit erledigt. Den Auflösungsantrag begründete der sozialdemokratische Abgeordnete Frölich. Er verwies insbesondere darauf, daß das Verhalten der Regierung gegenüber dem Oberstaatsanwalt Frieders als eine Verfassungsverletzung zu betrachten sei. Da mit dem thüringischen Landtag eine Koalition für die Sozialdemokratie unmöglich sei, könne die Situation nur durch die Auflösung des Parlaments und Neuwahlen geklärt werden. Der nationalsozialistische Führer Dinter leistete sich in der Debatte den bezeichnenden Satz: „Das deutsche Volk ist heute wie eine große Sammelherde, die nur durch die nationalsozialistische Diktatur gerettet werden kann.“ Der Demokrat ließ wissen, daß ihm der Rücktritt der Regierung, genaugen und vor einer eventuellen Auflösung noch der Versuch zur Bildung einer großen Koalition gemacht werden müsse. Die Kommunisten behaupteten: „Die SPD will jetzt auch in Thüringen den Panzerkreuzerbau beginnen.“

Pflicht, mitzuteilen, was im Populaire in sehr vorsichtiger Formulierung Léon Blum geschrieben hat. Wir wollen hier ein paar Sätze wiedergeben:

„Die Sozialdemokratie ist es allen andern Parteien der Internationale, und ich kann sagen, besonders der französischen Partei, schuldig, daß sie, falls sie an der Macht ist, im Sinne des Friedens, im Sinne der allgemeinen Abrüstung, im Sinne der endgültigen Annäherung zwischen allen Völkern, und besonders zwischen Deutschland und Frankreich, handelt. Sie ist es uns schuldig, sich vor jeder Handlung zu hüten, die, selbst in den Augen einer scharf informierten und vorbereiteten Meinung, einen Zweifel über ihren Friedenswillen hervorzurufen könnte. Sie schuldet es uns, daß wir niemals den nationalistischen Polemikern folgendes Argument und folgendes Nahrung liefern: „Seht ihr: die deutschen Sozialisten sind an der Macht, und nichts hat sich geändert.“

Wir, unseits, haben noch nie geäußert, vor der französischen öffentlichen Meinung unsere feste Überzeugung von dem Friedens- und Freundschaftswillen zu bekennen, der die deutsche Republikaner und Sozialisten beherrscht. Wir haben es auf unser eigenes Risiko hin, in einem langen Kampf getan, der noch nicht vergessen sein kann und der heute heißer als je von neuem beginnt. In diesem Kampf haben wir alle unsere Parteinteressen engagiert und werden sie weiter engagieren. Wir werden noch mehr wagen. Bis jetzt hat uns die Sozialdemokratie mutig, ja oft selbstlos, Hilfe geleistet, denn es ist nicht einer ihrer Führer, der nicht sein Leben aufs Spiel gesetzt hätte im Kampf für die „Ausführungs“-Politik, für die Politik, die im Dawesplan und im Locarnopakt greifbare Gestalt angenommen hat. Sie ist verpflichtet, diese Hilfe fortzusetzen, unsere gemeinsamen Gegner nicht zu stärken, die Hoffnungen, die alle Sozialisten, welche den Frieden wollen und fordern, in die Internationale setzen, nicht zu zerstören.

Unsere deutschen Kameraden werden, ich bin sicher, nicht über den Gedanken spotten, der mir diese Betrachtungen einfließt. Wir sind alle frei in unsern Aktionen, aber nicht im Ziel, das diese Aktionen zu erreichen suchen. Von Partei zu Partei sind die Nachwirkungen einer jeden Handlung sichtbar, fast unmittelbar, und der Zweck der internationalen Organisation ist der, diese Handlungen in einem Anflug von Harmonie zu sammeln. Wir hätten soeben unwillkürlich den Eindruck eines Nistens, der die Übereinstimmung oder das Einverständnis bricht. Und wir konnten uns dieser Auslassung nicht erwehren, gerade weil er aus Bruderhänden kam.“

Bei der äußersten Zurückhaltung, die der Führer unserer französischen Genossen sich auferlegt, wird doch die erste Besorgnis darüber nicht unterdrückt, daß durch die Stellungnahme der sozialistischen Minister der Arbeit seiner Partei außerordentliche Hemmnisse in den Weg gelegt worden sind.

In der schweizerischen Parteipresse veröffentlicht der Vorsitzende der schweizerischen Sozialdemokratie, Genosse Ernst Reinhard, einen Artikel unter der Überschrift: „Ein Panzerkreuzer torpediert Brüssel“. In ihm

Der Antrag zur Neubildung der Regierung wird zunächst an die Demokraten ergehen. Am 11. September tritt der Landtag wieder zusammen. Da die Aussichten für die Bildung einer neuen Regierung sehr gering sind, dürfte die Ablehnung der Landtagsauslösung nur eine Vertagung der Entscheidung um einige Wochen bedeuten.

Weitere Verhaftungen wegen des Anleihschwindels

Hugo Stinnes junior schwer belastet?

SPD Berlin, 24. August. (Radio.)
Im Zusammenhang mit der Kriegsleihe-Schiebungssache, die immer weitere Kreise zieht, ist, wie berichtet wurde, vor einigen Tagen in Hamburg der Geschäftsführer der Hugo Stinnes-Eisenhandels-Gesellschaft verhaftet und am Donnerstag nach Berlin transportiert worden. Außerdem sind neuerdings noch zwei Düsseldorf-Bankiers festgenommen und ebenfalls nach Berlin in das Moskauer Untersuchungsgefängnis übergeführt worden. Hugo Stinnes jun. soll durch die Auslagen dieser verhafteten Personen sehr schwer belastet sein. Angeblich ist er an den Kriegsleihe-Schiebungen persönlich direkt beteiligt. Hugo Stinnes war vor mehreren Wochen, kurz nach der Verhaftung seines früheren Sekretärs von Waldow ins Ausland gereist. Wie es heißt, soll er heute oder morgen nach Hamburg zurückkehren. Eine eingehende Vernehmung Hugo Stinnes' soll stattfinden, sobald er in Hamburg eingetroffen ist.

übt Genosse Reinhard eine vollauf berechnete, sachlich sehr scharfe Kritik. Er schreibt u. a.:

„So sei deutlich gesagt, daß dieser Panzerkreuzer die Beschlüsse des Brüsseler Kongresses bombardiert, in den Grund torpediert. Die Diskussion der Abrüstungsresolution der Internationale trug ihr heroischerstes Merkmal durch die Erklärungen, welche Frankreich durch Renaudel, Deutschland durch Crispian abgeben ließen. Beide betonten den entschlossenen Willen ihrer Parteien, sich reiflos einzusetzen für die Verwirklichung der Resolution, welche die Internationale zum brennendsten Tagesproblem beschloffen hatte. Im Interesse der Aktionsfähigkeit der Internationale stand es, daß diese Politik in die Tat umgesetzt wurde. Ja, sie war unumgänglich notwendig geworden, wenn die Internationale das Vertrauen genießen wollte, das zu einer Aktion gegen den Krieg unbedingt nötig ist. Einmal schon hatte sie feierliche Erklärungen abgegeben, um sie wenige Tage darauf schändlich zu verraten und sich mit einer Blutschuld zu bedecken, die nie vergessen werden darf. Diese Katastrophe durfte sich nicht wiederholen; die ganze Internationale müßte zu blohem Zug und Trug werden, wenn noch einmal die schäblichste, kleinlichste Staatsräson die internationale Pflicht zu überdauern vermöchte. Alles hing davon ab, daß die Partei irgendeines Landes zu der Partei irgendeines andern Landes das unbedingte Vertrauen haben werde, daß sie, wenn noch einmal ein derartiger Krieg der Schwerindustrie, der Kabinette und der unverantwortlichsten Halunken ausbrechen werde, mit aller Kraft sich erheben und den imperialistischen Krieg sofort mit dem Sozialisten beantworten würde.“

Man mag aber betonen, wie dieses Vertrauen, die unerlässliche Vorbedingung einer wirklichen Friedenspolitik, tödlich getroffen wurde? Am Freitag spricht Crispian, deutscher Parteivorsitzender, für den Frieden, am Sonnabend schießt der Kongreß mit einer Kundgebung wirklich internationalen Geistes, am Sonntag demonstrieren in Brüssel hunderttausend belgische Arbeiter vor deutschen Delegierten für den Frieden, sprechen deutsche Delegierte zu diesen heroischen Kämpfern für den Weltfrieden, beschließen deutsche Sozialisten: Abrüstung, Panzerkreuzerbau! und verstoßen ihre Musiklosigkeit hinter einer unwürdigen Erklärung!

Das ist das furchtbare Unrecht, das deutsche sozialistische Koalitionsminister der Internationale antaten; werden die deutschen Arbeiter es gut machen?“

Die Frage des Genossen Reinhard ist durch die kräftige Protestbewegung gegen die sozialdemokratischen Minister zu einem gut Teil schon beantwortet. Die sozialdemokratischen Arbeiter haben eindeutig ihren Willen kundgetan, daß sie nicht dulden werden; daß die Minister, die durch die Macht der Arbeiterklasse in diese Position gekommen sind, sich gegen die proletarischen Interessen wenden. Sie werden es nicht dulden, daß durch sie die sozialdemokratischen Grundsätze und die Beschlüsse der sozialistischen Internationale verletzt werden. Ihr Sturm ist eine Garantie dafür, daß, wenn einzelne verlangen, so doch nicht die deutsche Sozialdemokratie verlagert wird in dem Kampf für den Frieden, für den internationalen Sozialismus.